



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

auch in diesen turbulenten Zeiten möchte ich euch einige Informationen zu den aktuellsten politischen Entwicklungen in Berlin und meinen Wahlkreisen schicken:

Die **Kommunalwahlergebnisse** in Bayern sind für die SPD sehr ernüchternd ausgefallen. In vielen Gemeinden, Städten und Landkreisen mussten wir erhebliche Stimmenverluste hinnehmen und sind teilweise nur noch dritte oder vierte Kraft. Neben lokalen Ursachen ist es an der Bayern-SPD, entsprechende Schlüsse aus den teils massiven Stimmenverlusten, u.a. bei der letzten Landtagswahl, zu ziehen.

Es gibt aber auch einige bemerkenswerte Ergebnisse, die ich exemplarisch nennen will: Im **Landkreis Dachau** hat unser Dachauer Oberbürgermeister **Florian Hartmann** die Konkurrenz mit 76% auf die Plätze verwiesen und die SPD zur stärksten Kraft im Stadtrat geführt. **Harry Dierlenbach** und seine SPD **Vierkirchen** haben ebenfalls das Rathaus gehalten.



Im **Landkreis Fürstfeldbruck** gehen unsere beiden Bürgermeister **Andreas Magg aus Olching** und **Norbert Seidl aus Puchheim** mit einigem Vorsprung in die Stichwahl. Wir werden alle zusammen dafür kämpfen, dass sie ihre gute Arbeit auch die nächsten sechs Jahre weiterführen können.

In der Stadt **Ingolstadt** ist es **Dr. Christian Scharpf** und seiner SPD auf imposante Weise gelungen, den CSU-Amtsinhaber in eine Stichwahl zu zwingen. Zwischen beiden Bewerbern liegt nicht einmal ein Prozentpunkt. Wir drücken die Daumen, dass Christian in der Stadt des Bundesinnenministers die Überraschung gelingt!

Ich bedanke mich bei **allen Kandidatinnen und Kandidaten**, die mit viel Herzblut und großem persönlichen Einsatz die Fahne der SPD in dieser Kommunalwahl hochgehalten haben. Den gewählten **Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten** wünsche ich viel Erfolg bei ihrer wichtigen Aufgabe. Für alle, bei denen es nicht gereicht hat: Bitte tragt weiterhin dazu bei, der SPD vor Ort ein Gesicht zu geben. Von und durch euch lebt unsere Partei. →

Die Maßnahmen, die zum **Schutz vor der weiteren Ausbreitung des Corona-Virus** getroffen werden, treffen uns alle persönlich. Schulen und Kitas sind geschlossen, Veranstaltungen werden abgesagt, das öffentliche Leben wird eingeschränkt. Während es für einige Glückliche von uns „nur“ um Unannehmlichkeiten in unserem Alltagsleben geht, um Homeoffice und verschobene Pläne, stehen viele **Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Lieferketten werden unterbrochen, Arbeiterinnen und Arbeiter werden nach Hause geschickt, Großveranstaltungen finden nicht statt, Reisen sind nicht mehr möglich, der Konsum in einigen Branchen bricht ein. Um betroffenen Unternehmen unter die Arme greifen zu können, haben wir in der letzten Sitzungswoche die Voraussetzungen für den Zugang zu **Kurzarbeitergeld** gesenkt. **Kurzarbeit** kann nun schon beantragt werden, wenn zehn



Prozent der Beschäftigten von Arbeitsausfällen betroffen sind, nicht erst ab einem Drittel. Kurzarbeitergeld kann außerdem auch für Beschäftigte in **Leiharbeitsverhältnissen** ermöglicht werden. Die Bundesregierung hat also begonnen, ein **Sicherheitsnetz für Arbeitsplätze und Unternehmen** aufzuspannen. Kurzfristig werden im Bundeshaushalt 2020 zusätzliche Mittel in Höhe von 1,1 Mrd. Euro zur Virusbekämpfung bereitgestellt. Außerdem schützen wir Beschäftigte und Unternehmen neben der Ausweitung des Kurz-

arbeitergeldes auch durch steuerliche Erleichterungen und stellen unbegrenzt Liquiditätshilfen zu Verfügung. Konkrete und aktuelle Informationen dazu findet man beim Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsministerium:

www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/2020-03-13-Schutzschild-Beschaeftigte-Unternehmen.html

www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/coronavirus.html

www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Informationen-Corona/informationen-corona.html

Auf meiner Homepage findet Ihr ebenfalls eine Übersicht der Regierungsmaßnahmen:

<https://michael-schrodi.de/2020/03/18/aktuelles-zur-corona-krise/>

Zum anderen muss die Nachfrageseite gestärkt werden. Dazu haben wir vorgeschlagen, die **Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags** um ein halbes Jahr vorziehen. Durch diese Maßnahme hätten untere und mittlere Einkommen unmittelbar mehr Geld zur Verfügung und würden so die Binnennachfrage stärken. Das hat unser Koalitionspartner blockiert. Hier zeigt sich erneut, für wen die CDU/CSU wirklich Politik macht:

Sie wollen den Soli auch für die 10% Spitzenverdiener abschaffen – eine Maßnahme, die 10 Milliarden Euro jährlich kosten würde. Die einmaligen 5 Milliarden, die das Vorziehen der Abschaffung kosten, die Wirtschaft unterstützen und Arbeitsplätze sichern würde, sind ihnen dagegen zu viel.

Eine **starke Zivilgesellschaft** ist wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Das gilt besonders in Zeiten, in denen extrem rechte, anti-plurale Einstellungen sich nicht nur versteckt, sondern immer stärker wieder wie selbstverständlich in öffentlichen Debatten zeigen und mit der AfD Teil des Parteienspektrums in den Parlamenten geworden sind. In diesem Zusammenhang ist für mich vollkommen unverständlich, dass der VVN-BdA, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, ihr Status als **gemeinnützige Organisation** entzogen wurde. Die Regelung, dass extremistische Organisationen nicht gemeinnützig sein können und keine steuerlichen Vorteile erhalten sollen, halte ich zwar für richtig. Das habe ich in meiner Rede im Bundestag am vergangenen Freitag betont. Die Erwähnung des VVN-BdA im bayerischen Verfassungsschutzbericht als „linksextremistisch beeinflusst“ entbehrt jedoch jeder Grundlage. Die Organisation wird weder in allen anderen 15 Verfassungsschutzberichten der Länder noch im Bericht des Bundes aufgelistet und leistet wichtige Arbeit im Kampf gegen rechts. [Hier könnt ihr euch meine Rede ansehen.](#)



Die Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Klima bekommen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, immer öfter am eigenen Leib zu spüren. **Hass und Hetze im Internet** breiten sich aus und beschränken sich längst nicht auf persönliche Beleidigungen, sondern machen auch vor Morddrohungen und Vergewaltigungsfantasien nicht halt. Engagierte Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker: Sie alle sind besonders häufig Opfer solcher Anfeindungen. Wenn diese sich aus Angst und Verunsicherung aus der Politik, ihren Vereinen und Initiativen zurückziehen, ist unsere Demokratie in Gefahr. Wir brauchen engagierte Menschen und müssen geschlossen vor und hinter ihnen stehen. In der letzten Woche haben wir deshalb einen **Gesetzentwurf zur „Bekämpfung von Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“** eingebracht.



Wichtig ist auch, dass explizit die Verbindung zum Rechtsextremismus genannt wird, denn mehr als drei Viertel der von der Polizei registrierten Hasskommentare sind rechtsextremistisch. Ziel des Gesetzentwurfs ist eine härtere und effektivere Verfolgung von Hass und Hetze im Netz sowie eine Verschärfung des Strafrechts. Für Mord- und Vergewaltigungsdrohungen drohen nicht mehr nur ein Jahr, sondern bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe. Antisemitische Motive wirken strafverschärfend. Außerdem wollen wir Plattformen, auf denen Hasskommentare veröffentlicht werden, stärker in die Pflicht nehmen. Sie sollen derartige Kommentare nicht mehr nur löschen, sondern strafbare Postings dem Bundeskriminalamt melden. **Hass im Netz sind Worte, doch diese Worte führen immer öfter zu Taten**, wie uns die Morde von Hanau, Halle und Kassel auf grausame Weise vor Augen führen. Wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen!

In meinem letzten Newsletter habe ich über das [Positionspapier zur Einkommen- und Vermögensungleichheit](#) berichtet, das die Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion beschlossen hat. Neben der Schere zwischen Arm und Reich gibt es einen Aspekt der Einkommensungleichheit, an den uns in diesem Jahr der 17. März erinnert. Der **Equal Pay Day** weist auf die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen hin – nimmt man die durchschnittliche

Lohnlücke als Grundlage, arbeiten Frauen bis zu diesem Tag umsonst. Dass es nicht wie im letzten Jahr der 18. März ist, liegt bedauerlicherweise nur am Schaltjahr. Die Lücke von 21 Prozent ist auch in diesem Jahr nicht kleiner geworden. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von zu geringer Entlohnung sozialer Berufe, über Hindernisse bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und starre gesellschaftlichen Vorstellungen bis hin zu direkter Diskriminierung bei Bezahlung und Aufstiegschancen. Wir haben in den



letzten Jahren mit dem **Entgelttransparenzgesetz** Maßnahmen zur besseren **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, wie dem **Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz** und der **Brückenteilzeit**, sowie den aktuellen Bemühungen um einen Tarifvertrag in der Pflege schon einige Verbesserungen in die Wege geleitet. Das Entgelttransparenzgesetz muss aber nachgeschärft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter weiter gestärkt werden und die Frauenquote auch in den Vorständen ankommen. Unser Ziel ist außerdem die Familienarbeitszeit, damit Eltern mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen die Chance bekommen, Kinderbetreuung bzw. Pflege, Haushalt und Job fair aufzuteilen.



+++ VOR ORT UNTERWEGS +++

Viele von Euch waren beim Politischen Aschermittwoch des **SPD-Unterbezirks FFB mit der Vorsitzenden der Bundes-SPD Saskia Esken in Puchheim**. Sie überzeugte mit ihrer Rede zu den Themen GroKo, die Zukunft der SPD und die Bedrohung von Rechtsaußen. Ein gelungener Abend, für den ich mich bei allen Beteiligten bedanken möchte.



Und auch am Ascherdonnerstag hatten wir einen bekannten Gast – diesmal in **Karlsfeld**: Mehr als 100 Interessierte wollten **Bundesumweltministerin Svenja Schulze** erleben, die zum Thema Soziale Klimapolitik sprach. Auch hier gilt mein Dank allen, die die Veranstaltung möglich gemacht haben.



Zur Abschlussveranstaltung des Kommunalwahlkampfs im Landkreis FFB mit allen Kandidatinnen und Kandidaten durften wir den **Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich** begrüßen. Auch hier war das Thema hochaktuell: Es ging um den Frieden und wie wir diesen sichern können. Mein Dank gilt hier allen Organisatorinnen und Organisatoren dieses gelungenen Abends.



Zum Schluss möchte ich euch noch darüber informieren, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinen Büros in Berlin und Olching sowie ich selbst seit Montag in aller Regel aus dem **Homeoffice** arbeiten.

Wir sind trotzdem für euch da - auf gewohntem Wege per **Telefon, Email und über die sozialen Medien**. Meldet euch gerne.

Bis dahin wünsche ich euch alles Gute und bleibt gesund.

Herzliche Grüße
Euer

A handwritten signature in blue ink that reads "Michael Schrödi".

